

# Fragen & Antworten zur „Euro-Krise“

Steuert die EU mit  
Vollampf in die  
Katastrophe?

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT

## Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Ende

Seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise gibt es Stress in Europa. Die Wirtschaftskrise, die Bankenrettung sowie das Lohn- und Sozialdumping in Deutschland (Modell Deutschland) haben den Krisenstaaten in der EU das Genick gebrochen. Sie bekommen nur noch zu sehr hohen Zinsen Geld am Kapitalmarkt.

Die Bundesregierung nutzt die Krise für einen Putsch unter europäischer Flagge. Es ist ein Putsch gegen die Mehrheit in Deutschland und Europa: Statt die Finanzmärkte zu regulieren haften die Steuerzahler/innen mit Rettungspakten, die nicht Griechen, Iren, Portugiesen oder Spanier retten, sondern die Banken. Rettungsgelder fließen direkt an die Gläubiger zurück. Die Krisenstaaten erhalten nur Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), wenn sie Löhne kürzen und den Sozialstaat zerstören. Europa steht wegen der Kürzungspakete am Rande einer erneuten Rezession und die Staatsverschuldung steigt statt zu sinken. Die

Demokratie ist außer Kraft gesetzt: Die Parlamente tanzen nach dem Rhythmus der Finanzmärkte.

DIE LINKE will die Verursacher der Krise zur Kasse bitten, die Staatsfinanzen von der Diktatur der Finanzmärkte befreien und das Lohndumping in Deutschland beenden. Doch auch in der LINKEN gibt es kontroverse Debatten mit welchen Instrumenten die Krise am besten zu überwinden sei. Diese Broschüre soll über die Ursachen der Krise aufklären und Alternativen diskutieren. Wir haben die Broschüre gegenüber der 1. Auflage erheblich erweitert, um aktuelle Entwicklungen in der Euro-Krise aufzugreifen und auch Kontroversen in der LINKEN näher zu beleuchten.

An der Eurokrise wird sich die weitere Zukunft der Europäischen Union, des gemeinsamen Binnenmarktes und der Währungsunion entscheiden.

Sabine Wils & Fabio De Masi



# I. Zusammenfassung:

## Die Ursachen der Euro-Krise

### Umverteilung & Finanzblase

Die sogenannte Euro-Krise ist eine Folge der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Industrienationen seit dem 2. Weltkrieg. Die Umverteilung von unten nach oben bzw. von Löhnen zu Gewinnen hat zu einer gewaltigen Finanzblase geführt. Die Gewinne der Unternehmen sind wegen fehlender Nachfrage nicht in die reale Wirtschaft sondern ins Casino geflossen. Genauer: Die USA, England aber auch die südeuropäischen Staaten haben die sinkende Lohnquote über Kredite an die privaten Haushalte kompensiert, Länder wie Deutschland haben in eben jene Länder exportiert. Diese Blase ist geplatzt und schwebt nun wie ein Atompilz über den Staatshaushalten.

### Staatsverschuldung steigt wegen Krise

Die Staatsverschuldung ist wegen der Krise und Bankenrettung in ganz Europa gestiegen, auch in Deutschland. Die öffentliche Schuldenquote (Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt) Deutschlands stieg um etwa 20 Prozent auf 80 Prozent, in Irland explodierte sie vom Traumwert 25 Prozent auf 100 Prozent. Allein in Deutschland gehen etwa 300 Milliarden Euro von 500 Milliarden Euro neuer Staatschulden seit der Krise auf die Bankenrettung zurück. Die Staatsverschuldung ist somit Folge nicht Ursache der Krise.

**Faktencheck:** In Ländern wie Spanien und Irland lag die Staatsverschuldung bis zur Krise bei Traumwerten von 35 bzw. 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Allerdings haben Unternehmen und private Haushalte dort enorme Schulden angehäuft, die im Bankensektor schlummern. Allein in Irland betrug die Verschuldung des Bankensektors bei Ausbruch der Krise 400 Prozent des BIP.

### Explodierender Reichtum

Die Krise war für die Superreichen eine Party: Seit 2007 stieg das private Vermögen in Deutschland um 1,4 Billionen Euro. Es ist hoch konzentriert, etwa zwei Drittel der Bevölkerung besitzen überhaupt kein oder sehr geringes Vermögen und die obersten zehn Prozent besitzen über die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Das gesamte private Nettovermögen (also abzüglich Schulden) übertrifft die Staatsverschuldung von etwa 2 Billionen Euro um das Fünffache. Staatsschulden sind somit auch „Vermögen der reichen Leute“.

### Deutsche Lohnpolitik ist zentrale Ursache der Schuldenkrise und ...

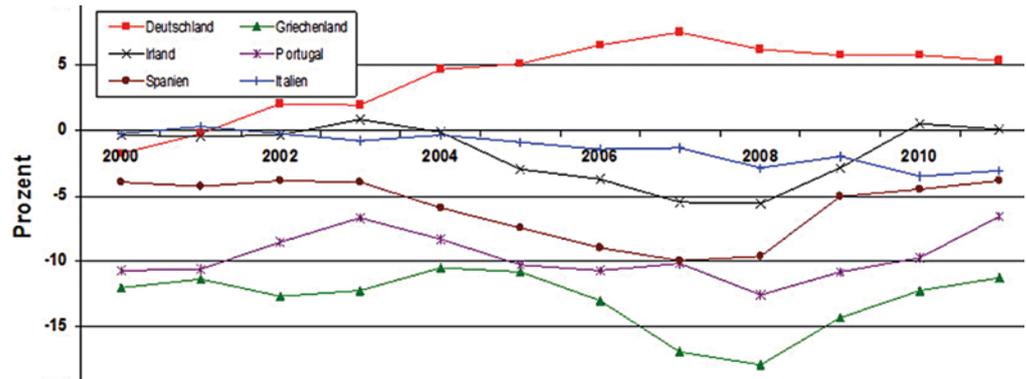
Das deutsche Lohndumping hat zu enormen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten in Europa geführt: Die Reallöhne (Löhne nach Abzug der Inflation) sind in den letzten zehn Jahren in Deutschland gesunken, in den übrigen Euro-Staaten sind sie leicht gestiegen – wie es für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung auch erforderlich ist. Deutschland hat wegen seiner Billiglöhne immer mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkauft als von

dort eingekauft. Daher mussten sich die Volkswirtschaften unserer Handelspartner zunehmend verschulden und ihre Industrie wurde zerstört. Für diese privaten Schulden haftet nun der Staat.

Die Ungleichgewichte haben nicht nur die enorme private Verschuldung des Auslands begünstigt und ihre Industrie zerstört. Sie haben auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) untergraben. Durch die unterschiedliche Lohn- und somit Preisentwicklung in den Staaten der

Euro-Zone kam es bei einem einheitlichen Leitzins der EZB zu sehr unterschiedlichen realen Zinsen (Zinsen minus Inflation). Letztere sind für Investitionen entscheidend, weil sie die Geldentwertung berücksichtigen. So waren etwa die Realzinsen in Spanien sehr niedrig und haben die Baukonjunktur bzw. den Immobilienboom weiter angeheizt. In Deutschland – das bis 2005 nahezu stagnierte – waren sie relativ hoch. Seit der Krise ist es nun umgekehrt. Eine einheitliche Geldpolitik erfordert daher eine koordinierte

### Leistungsbilanzsaldo in % des BIP 2000-2011



**Exportweltmeister:** Deutschland konkurriert regelmäßig mit China um den Titel des Export-Weltmeisters. Für ein Schwellenland wie China sind Exporte wichtig, um mit den Einnahmen Technologien zu importieren und wirtschaftlich aufzuholen. Auch kleine und offene Volkswirtschaften wie die Niederlande oder die Schweiz können über Exporte ihren kleinen Inlandsmarkt für ihre Produkte erweitern. Für eine Volkswirtschaft wie Deutschland mit einem großen Binnenmarkt ist eine so starke Exportabhängigkeit aber schädlich, denn hohe Exportüber-

schüsse erfordern eine schwache Lohnentwicklung. Das schadet dem Konsum und somit den Investitionen auf dem Binnenmarkt. China beginnt daher wegen der Größe seiner Wirtschaft nun die Binnennachfrage zu stärken. Dabei geht es nicht per se um die Verringerung der Exporte, sondern um die Ausweitung des Konsums und der Importe. Eine Politik für mehr Binnennachfrage zerstört daher keine Arbeitsplätze (im Export), sie schafft Arbeit.



unterschiedliche Lohnentwicklung und die Finanzierung der Staaten über nationale Staatsanleihen haben die Verwundbarkeit gegenüber den Finanzmärkten nicht beseitigt. In der Euro-Zone gibt es zwar keine Wechselkurse mehr, aber Deutschland hat über Billiglöhne eine Politik der „realen Abwertung“ gemacht: In Deutschland stiegen die Lohnstückkosten seit Einführung des Euros bis zur Krise – also in etwa zehn Jahren – nur um sechs Prozent, in den meisten übrigen Euro-Staaten zwischen 20 und 30 Prozent. Dies ist eine zentrale Ursache der Krise.

### **... auch schlecht für Deutschland**

Die Politik des Lohndumpings war aber nicht nur schlecht für die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland und das europäische Ausland, sie hat auch dem Wachstum in Deutschland geschadet. Deutschland profitierte zwar kürzlich noch von der Nachfrage der Schwellenländer, insbesondere Chinas, aber über den gesamten Zeitraum seit Einführung des Euros war die deutsche Wirtschaft ein Schlusslicht beim Wachstum in der Euro-Zone. Die Kürzungspakte bzw. Lohn- und Sozialabbau in Europa treffen darüber hinaus auch die deutschen Exporte. Deutschland steht daher nun am Rande einer Rezession.

## II. Hintergründe zur Eurokrise

### Euro-Krise oder **Finanz- und Wirtschaftskrise?**

Die sogenannte Euro-Krise ist keine klassische Währungs-krise. Der Wert des Euros ist nicht in Gefahr und bewegt sich mit aktuell etwa 1,30 US-Dollar im langfristigen Trend. Vielmehr droht der Staatsbankrott (Schulden werden nicht mehr bedient) von Euro-Staaten. Sie wurden von den privaten Ratingagenturen herabgestuft und bekommen auf den Kapitalmärkten nur noch zu sehr hohen Zinsen Geld. Das verschärft die Schuldenkrise.

### Euro-Krise oder **Krise der EU?**

Aber auch EU-Mitglieder ohne den Euro haben oder hatten massive Probleme, etwa Ungarn, Lettland und Rumänien. Diese Länder können sich nach dem Beitritt zum europäischen Binnenmarkt nicht mehr mit Handelsbeschränkungen gegen die Exporte der entwickelten EU-Staaten wie Deutschland wehren. Die EU-Verträge verbieten zudem Kapitalverkehrskontrollen. Daher floss Kapital schnell ins Land und auch schnell wieder raus. Die Währungen der betroffenen Staaten werteten zunächst auf, dadurch verloren sie an Wettbewerbsfähigkeit. Darauf folgten massive Abwertungen, welche die Schuldenlast erhöhten, weil Unternehmen und private Haushalte in Ost-Europa Kredite in Euro aufgenommen hatten.

## Euro-Krise oder **Krise der Demokratie?**

Die Krise ist auch ein schwerer Angriff auf die Demokratie. In zwei EU-Mitgliedsstaaten (Griechenland & Italien) haben zeitweise ehemalige Mitarbeiter der Zentralbank bzw. von Goldman Sachs die Regierungsgeschäfte übernommen. Sie wurden nicht vom Volk gewählt. In Griechenland, Portugal, Spanien & Irland haben sich die großen Regierungs- und Oppositionsparteien bereits im Vorfeld von Wahlen verpflichtet, das Diktat der Banken, des Auslands sowie der EU und des IWF umzusetzen.

Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Fiskalpakt wird das Budgetrecht der Parlamente faktisch außer Kraft gesetzt. Der Fiskalpakt ist für ein einzelnes EU-Land nicht kündbar und kann selbst mit verfassungsändernder Mehrheit von zwei Dritteln der Bundestagsabgeordneten nicht aufgehoben werden.

## (Unendliche) **Geschichte der „Euro-Rettung“**

Im Mai 2010 wurde ein erstes „Rettungspaket“ in Höhe von 110 Milliarden Euro für Griechenland geschnürt. Ebenfalls

im Mai 2010 einigten sich die Eurostaaten auf einen bis zu 750 Milliarden Euro schweren „Rettungsschirm“, am 21. Mai 2010 stimmte der Bundestag hierfür deutschen Finanzgarantien in Höhe von 123 Milliarden Euro zu. Ende 2010 bekam die Steueroase Irland 85 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm, Anfang 2011 geriet Portugal in Finanzierungsprobleme und musste mit 78 Milliarden Euro gestützt werden. Im Sommer 2011 einigte man sich auf die Aufstockung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), am 29. September stimmte auch der Bundestag einer Erhöhung der deutschen Garantien für Kredite der EFSF von 123 auf 211 Milliarden zu. Am 26. Oktober stimmte der Bundestag zudem einer Hebelung des Rettungsschirms zu, einer Methode die in die Finanzkrise geführt hat und hohe Risiken für die Steuerzahler/innen bedeutet.

Am 21. Februar 2012 einigten sich die Euro-Finanzminister auf ein zweites Griechenlandpaket in Höhe von weiteren 130 Milliarden Euro, welches der Bundestag am 27. Februar absegnete. Im Sommer 2012 wurde zudem ein permanenter europäischer Rettungsschirm ins Leben gerufen. In diesen sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus, kurz ESM, wird die deutsche Regierung mindestens 22



Milliarden Euro in bar einzahlen, hinzukommen mindestens weitere 168 Milliarden Euro für Bürgschaften.

Im Juli 2012 stimmte der deutsche Bundestag einer Kreditlinie von 100 Milliarden Euro zu, die eine Unterstützung spanischer Banken ermöglichen soll. Die Kredite werden allerdings zu Lasten des spanischen Staates gebucht.

### III. Merkels Märchenstunde

#### Haben „wir“ **über unsere Verhältnisse gelebt?**

Nein. Die Beschäftigten in ganz Europa – also die Bevölkerungsmehrheit – wurde seit Mitte der 1970er Jahre permanent enteignet. Sie bekommen ein immer kleineres Stück vom volkswirtschaftlichen Kuchen. Dies hat die Gewinne des Unternehmenssektors bzw. die privaten Vermögen der Superreichen aufgebläht. Wegen der fehlenden Nachfrage in der realen Wirtschaft wurde daher immer Geld ins Casino gepumpt.

Länder wie Deutschland haben wegen der schwachen Lohnentwicklung immer mehr Waren & Dienstleistungen ins Ausland verkauft (exportiert) als von dort eingekauft (importiert). Sie haben also unter ihren Verhältnissen gelebt. Die Exporterlöse wurden dann in Giftpapiere investiert bzw. als Kredite an die privaten Haushalte & Unternehmen insbesondere der anderen Euro-Staaten sowie der USA verliehen. Mit der Krise wurden diese Forderungen zunehmend wertlos.

### Sind Europas **Staaten zu fett?**

Die Bundesregierung behauptet die Krise komme daher, weil Staaten über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Spanien und Irland hatten aber bis zur Krise Traumwerte von 35 bzw. 25 Prozent des BIP bei der Staatsverschuldung. Die Krise – Bankenrettung, Wirtschaftseinbruch etc. – hat ihnen das Genick gebrochen. Und Länder wie Japan mit einer Schuldenquote von 245 Prozent des BIP haben keinen Stress auf den Finanzmärkten. Japan ist nämlich vorwiegend bei den eigenen Bürgern und Unternehmen verschuldet.

Und selbst Griechenland mit seiner unbestrittenen Korruption und den viel zu hohen Militärausgaben hat prinzipiell kein Ausgaben- sondern ein Einnahmeproblem. So sank die Staatsquote (Ausgaben des Staates in Prozent des BIP) seit 2000 bis zur Krise in Griechenland kontinuierlich und unter das deutsche Niveau. Aber die effektiven Steuern auf Gewinne und Vermögen liegen weit unter dem Durchschnitt der Euro-Zone. Mindeststeuern sind in den EU-Verträgen aber bei den Mehrwertsteuern für die Allgemeinheit, nicht für Unternehmen und Vermögen vorgesehen.

Das heißt nicht, dass es nicht auch Vetternwirtschaft und Verschwendung gab: Der Rüstungsetat Griechenlands ist mit etwa 4 Prozent des BIP (Deutschland, drittgrößter Waffenexporteur der Welt, hat einen Etat von etwa 1,5 Prozent des BIP) sehr hoch. Die Bundesregierung besteht jedoch auf die Erfüllung der griechischen Rüstungsverträge. Insbesondere deutsche Rüstungskonzerne haben an dem Konflikt zwischen den NATO-Staaten Griechenland



Auswirkung der Schuldenbremse), in Irland auf etwa 10 und in Portugal auf 8 Prozent des BIP. Das ist eine Atombombe für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

Die griechischen Sparpakete sind das härteste Kürzungspaket eines Industrielandes der Nachkriegsgeschichte. Das Ergebnis war absehbar: Die griechische Wirtschaft ist um 20 Prozent geschrumpft, die Investitionen sind um fast 50 Prozent eingebrochen. Die Schuldenquote (die Schulden im Verhältnis zum BIP) ist wegen einbrechender Steuereinnahmen und einer steigenden Arbeitslosigkeit von etwa 130 Prozent auf nahezu 170 Prozent explodiert.

Die offizielle Arbeitslosenrate hat sich in den letzten zwei Jahren von 9,5 Prozent auf 21 Prozent mehr als verdoppelt, die Jugendarbeitslosigkeit ist auf fast 50 Prozent hochgeschwungen. Die Obdachlosigkeit in Athen stieg nach Angaben des Bürgermeisters Giorgos Kaminis in 2011 um 20 Prozent und die Anzahl der Menschen, die auf Suppenküchen angewiesen sind, nahm um 15 Prozent zu. In Griechenland leiden Kinder wieder Hunger. Die Selbstmordrate ist auf einem Höchststand.

Das zweite "Rettungspaket" für Griechenland setzt diese Politik fort. Die Bundesregierung und die sogenannte Troika aus der Kommission der Europäischen Union (EU)-, der EZB und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) diktieren Griechenland immer neue Sozial-, Renten-, Lohn- und Lohnkürzungen. Zum Beispiel soll der Mindestlohn in der Privatwirtschaft um 22 Prozent verringert werden, bei jungen Beschäftigten unter 25 Jahren soll der Mindestlohn gar um 32 Prozent gesenkt werden. Über drastische Renten-

kürzungen sollten ursprünglich allein bis 2014 14 Mrd. Euro eingespart werden. Bis 2015 sollten weitere 150.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet werden. An der Privatisierung von Wasserbetrieben, Seehäfen, Autobahnen, Flughäfen, Energieversorgung und Immobilien wird festgehalten. Die Situation der Bevölkerung wird durch diese Maßnahmen permanent verschlimmert, die griechische Wirtschaft zerstört. Nun wurde Griechenland für diese Maßnahmen zwei Jahre mehr Zeit eingeräumt. Der griechische Patient darf länger leben, sterben muss er weiterhin.

## IV. Euro-Krise – Antworten auf die wichtigsten Fragen

### Woher kommen die Schulden?

Das gemeinsame Problem der Krisenstaaten ist nicht die Staatsverschuldung (sie ist v.a. Folge nicht Ursache), sondern die Auslandsverschuldung. In Ländern wie Spanien und Irland waren nämlich nicht so sehr der Staat sondern die privaten Haushalte und Unternehmen verschuldet. Ursache hierfür ist u.a. das deutsche Lohndumping, aber auch die Deregulierung des Finanz- und Immobiliensektors sowie die Zerstörung heimischer Industrien durch den ungehemmten Wettbewerb des Europäischen Binnenmarktes.

### Was haben die deutschen Löhne damit zu tun?

Die Euro-Staaten können sich nicht mehr durch die Abwertung ihrer Währung gegen Konkurrenz wehren. Verkauft ein

Land wie Deutschland dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als es von dort einkauft, muss sich das Ausland gegenüber Deutschland verschulden.

Seit Einführung des Euros sind die Lohnstückkosten (Löhne im Verhältnis zur Produktivität) in Deutschland nur etwa um sechs Prozent gestiegen, in den meisten Krisenstaaten zwischen 20 und 30 Prozent. Die deutschen Reallöhne fielen im letzten Jahrzehnt gar um 4,5 Prozent, d.h. die Beschäftigten verdienen real weniger als noch vor zehn Jahren.

Eine Steigerung der Lohnstückkosten von zwei Prozent jährlich hätte im Einklang mit dem (viel zu strengen) Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp unter 2 Prozent gestanden. Steigen die Löhne nämlich jedes Jahr zwei Prozent mehr als die durchschnittliche Produktivität, schlagen die Unternehmen diese Differenz in etwa auf die Preise auf. Deutschland hat das Inflationsziel daher permanent durch Lohndumping nach unten verletzt. Das hat die Handelspartner in die Schuldenfalle getrieben, weil sie ständig mehr importiert als nach Deutschland verkauft haben. Griechenland hat im Ergebnis nicht nur ein

Finanzierungsproblem. Die griechische Wirtschaft wurde de-industrialisiert. Die Textilindustrie wanderte nach der EU-Osterweiterung nach Bulgarien ab. Und die deutschen Billiglöhne haben dazu geführt, dass Griechenland selbst im Bereich der arbeitsintensiven Lebensmittelproduktion Konkurrenz aus Deutschland bekommt.

### **War das nicht gut für Deutschland?**

Wer ist Deutschland? Für die Mehrheit – die Lohnabhängigen – war dies schlecht. Die Exportindustrie hat zwar fette Gewinne gemacht, aber die deutsche Wirtschaft wuchs seit Einführung des Euros bis zur Krise jährlich nur um etwa 1 Prozent gegenüber 1,5 Prozent im Durchschnitt der Euro-Zone oder 1,4 Prozent in Frankreich.

Allerdings hat dieses Wachstum die Volkswirtschaften nicht gestärkt und die Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit kaum verbessert. Es war Wachstum auf Pump, ging einher mit Deindustrialisierung und Immobilienblasen, die heute etwa an der spanischen Küste als kilometerweite Bauruinen zu besichtigen sind. Richtig ist aber auch: Ohne das kreditgestützte Wachstum der anderen Euro-Partner



hätte in Deutschland wegen der schwachen Binnennachfrage Stagnation geherrscht. Die Alternative zu Wachstum auf Pump oder Exortabhängigkeit ist daher eine Stärkung der Binnennachfrage durch sinnvolle öffentliche Investitionen, etwa in den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, sowie gute Löhne.

## **Droht jetzt Inflation?**

Nein, aber...

Inflation entsteht nicht, weil etwa die EZB billige Kredite zur Verfügung stellt und „zu viel Geld druckt“. Denn wenn die Banken keine Kredite vergeben – also kein Geld nachgefragt wird – fließt auch kein zusätzliches Geld in die reale Wirtschaft. Der größte Teil der Geldmenge ist nämlich kein „gedrucktes Geld“ der Zentralbank sondern Kredite, welche die Banken aus dem Nichts schöpfen und die im besten Falle (wenn sie nicht durch Schattenbanken und internationale Schlupflöcher umgangen werden) durch Reserven von etwa 2 Prozent der Kundeneinlagen bei der Zentralbank abgesichert sind. Zusätzliches Geld kann die Produktion noch erheblich ausweiten ohne dass es zu Engpässen und Überhitzung kommt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zudem wg. Arbeitslosigkeit seit fast drei Jahrzehnten gar nicht in der Lage hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen, welche die Unternehmen dann auf die Preise überwälzen.

Aber: Die EZB hat den Banken etwa 1 Billion Euro an Krediten mit einer Laufzeit von drei Jahren zu nur einem Prozent Zins zur Verfügung gestellt. Die Banken verleihen dieses Geld zu Wucherzinsen an Euro-Staaten, parken

überschüssige Liquidität bei der EZB oder spekulieren auf den Rohstoffmärkten. Dies kann sich in steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen niederschlagen. Ähnliches trifft auch auf die Anleihekäufe der EZB zu.

Der Eigenhandel der Banken muss daher strikt verboten und Kredite für Spekulation durch die EZB verteuert werden (Mindestreserven) Die Euro-Staaten sollten besser direkte Kredite von der EZB bekommen, statt die Spekulation von Banken zu finanzieren.

## **Euro-Rettung oder Banken-Rettung?**

Die “Euro-Rettung” rettet nicht die Griechen, Spanier oder Portugiesen. Gerettet werden vielmehr die Finanzinstitute und Investoren, die den Krisen-Staaten Geld geliehen haben. Sie müssten bei einem Zahlungsausfall dieser Staaten Verluste verkraften. Die Forderung von Schäuble nach einem “Sonderkonto” für Griechenland soll z.B. sicherstellen, dass immer erst die Forderungen der ausländischen Gläubiger bedient werden, bevor der griechische Staat Geld ausgeben kann. Die bisherigen „Rettungspakete“ für Griechenland flossen je nach Schätzung zu 43 bis 96 Prozent in den Schuldendienst an Banken und private Gläubiger.

## **Was ist vom Schuldenschnitt für Griechenland zu halten?**

Im Fall Griechenlands kam die freiwillige Gläubigerbeteiligung zu spät, war unzureichend und ist eine Farce. Sie kam zu spät, weil EFSF und EZB den Banken und institutionellen Investoren einen erheblichen Teil der griechischen Staats-

anleihen bereits abgekauft hatten. Damit treffen Abschreibungen die Steuerzahler (die EZB ist vom Schuldenschnitt bisher ausgenommen). Der Schuldenschnitt von 53,5 Prozent ist unzureichend. In vergleichbaren Fällen, wie z.B. Argentinien, mussten die Gläubiger auf deutlich höhere Anteile ihrer Forderungen verzichten. Der griechische Staat müsste um 75 Prozent seiner Schulden befreit werden. Durch die gesunkenen Zinskosten kann das staatliche Defizit damit sofort und ohne weitere Haushaltskürzungen auf deutlich unter drei Prozent der Wirtschaftsleistung gesenkt werden. Der Schuldenschnitt ist eine Farce, weil die griechischen Schulden dadurch so gut wie gar nicht sinken. Wenn alles klappt, dann verzichten die privaten Gläubiger auf 100 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite steigen aber die Schulden sofort wieder um 90,5 Milliarden. Dieser Betrag ist notwendig, um die Banken gegen die Folgen der sogenannten Privatsektorbeteiligung abzusichern und bis dahin aufgelaufene Zinsen zu begleichen.

Um die Gläubigerbeteiligung noch attraktiver zu machen, werden 30 Mrd. Euro aus dem „Hilfspaket“ dafür einge-

setzt, um den Banken und privaten Gläubigern kurzfristige Schuldscheine auszuhändigen, die sie in kurzer Zeit bei der EFSF einlösen können. Weitere 5,5 Mrd. Euro werden dazu verwendet, um Zinsforderungen der Banken und privaten Gläubiger in voller Höhe bis zum Abwicklungstermin des Tauschgeschäfts auszuführen. Hinzu kommen höhere Schulden für den griechischen Staat durch die notwendige Re-Kapitalisierung der griechischen Banken in Höhe von erwarteten 50 Mrd. Euro. Die griechischen Schulden steigen ebenfalls durch die Absicherung der EZB in Höhe von 35 Mrd. Euro. Insgesamt steht eine Erhöhung der griechischen Schulden durch die freiwillige Gläubigerbeteiligung von zusammen 90,5 Mrd. Euro, einer Entlastung von 107 Mrd. Euro gegenüber.

Aufgrund des erwarteten Haushaltsdefizits und erneuten starken Rückgangs der Wirtschaftsleistung wird der Anteil der griechischen Staatsschulden an der Wirtschaftsleistung trotz Gläubigerbeteiligung in 2012 nicht sinken. Ein Rückgang der Staatsschuldenquote auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung in den folgenden Jahren bis 2020 ist



wegen des Teufelskreises aus Kürzungen, Rezession und fortgesetzten Staatsdefiziten praktisch ausgeschlossen. Schon jetzt ist absehbar, dass Griechenland früher oder später einen weiteren und noch größeren Schuldenschnitt braucht, der dann fast ausschließlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler treffen wird. Denn Haupt-Eigentümer der griechischen Staatsanleihen sind EFSF und EZB, die den Banken entsprechende Papiere abgekauft haben.

## V. Was will DIE LINKE?!

### **Geschäft** mit der Staatsverschuldung **beenden**

Die Abhängigkeit der Euro-Staaten von den Finanzmärkten muss gebrochen werden. Unser Geldsystem ist verrückt: Die Banken (die von den Staaten gerettet wurden) leihen sich zu gegenwärtig 0,75 Prozent Geld bei der EZB und verleihen es dann zu Wucherzinsen an Euro-Staaten.

„Würden die Menschen verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert, hätten wir eine Revolution – und zwar schon morgen früh.“

*Henry Ford, Gründer des gleichnamigen Automobilkonzerns*

Die EZB oder eine öffentliche Bank könnte Staaten jedoch direkte Kredite gewähren (nach geltenden EU-Verträgen müsste dies eine öffentliche Bank sein, denn nur Banken

nicht Staaten dürfen sich bei der EZB Geld leihen). Dann wäre es egal ob die Kapitalmärkte nur noch zu hohen Zinsen Geld verleihen. Die Staaten bekämen schließlich zum Zinssatz der EZB Kredite. Außerdem könnte das Geld in sinnvolle öffentliche Investitionen fließen statt neue Spekulationsblasen bzw. Inflation auf den Finanzmärkten zu finanzieren.

Eine Voraussetzung für Notenbankkredite wäre aber die demokratische Kontrolle der Zentralbank und die Einführung von Vermögensabgaben in den betreffenden Staaten, um keine Blanko-Schecks zu erteilen und die demokratische Kontrolle über die Staatshaushalte zu erhalten.

### Vermögensabgabe und **Millionärssteuer**

Das Vermögen allein der europäischen Millionäre entspricht in etwa der gesamten Staatsverschuldung der Euro-Staaten über 10 Billionen Euro. Schulden sind daher immer auch Vermögen. Eine Krisenabgabe auf hohe Vermögen ist notwendig, um Aufbauprogramme zu finanzieren und nach einem Schuldenschnitt strauchelnde Finanzinstitute in öffentliches Eigentum zu überführen und strikt zu regulieren. Die Vermögensbesteuerung in Deutschland ist mit 0,9 Prozent des BIP im internationalen Vergleich gering. In den USA sind es z.B. etwa 3 Prozent des BIP.

DIE LINKE fordert eine Vermögensabgabe von 30 Prozent auf Vermögen über eine Million Euro nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg, um die Profiteure der Krise in Haftung zu nehmen. Das brächte

etwa 500 Milliarden Euro und könnte die deutsche Staatsverschuldung wieder auf 60 Prozent des BIP zurückführen. Davon wären nur etwa ein Prozent der Bevölkerung betroffen, für Betriebsvermögen (Anteile einer Privatperson an einem Unternehmen) können großzügige Freigrenzen gelten.

Die Vermögensabgabe unterläge einer Stichtagsregelung und könnte innerhalb von zehn Jahren bezahlt werden, so dass die Superreichen nicht ihre Vermögenssubstanz verkaufen müssten sondern aus ihren regelmäßigen Einnahmen bestreiten könnten. Die Stichtagsregelung verhindert zudem Ausweichreaktionen ins Ausland. Verlegen die Lidl-Brüder etwa ihren Wohnsitz in ein Steuerparadies, wären sie hierdurch nach wie vor gegenüber dem deutschen Staat zur Vermögensabgabe verpflichtet.

Die Vermögenssteuer ist hingegen dauerhaft angelegt und soll fünf Prozent des Vermögens über 1 Million Euro besteuern. Das brächte den Bundesländern etwa 100 Milliarden Euro für die Modernisierung der Infrastruktur. Sie müsste zu

einem geringeren Steuersatz auch für juristische Personen (z.B. Stiftungen oder Kapitalgesellschaften) gelten, um Steuerschlupflöcher zu schließen. Dann ist es egal ob der Picasso im Unternehmen hängt oder im Wohnzimmer.

## **Höhere Löhne** in Deutschland (Ausgleichsunion)

Länder mit chronischen Exportüberschüssen sollen einem Sanktionsmechanismus unterliegen, um zukünftige Schuldenkrisen zu verhindern. Dann wäre Deutschland etwa gezwungen Mindestlöhne einzuführen, Hartz IV abzuschaffen und die Binnenwirtschaft durch öffentliche Investitionen zu stärken.

Im Prinzip hat die EU mit Wirtschaftsregierung und dem Mechanismus zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Scoreboard) bereits ein solches Instrument etabliert. Er verpflichtet jedoch faktisch nur Länder mit Handelsdefiziten zu Korrekturen bzw. Lohn- und Sozialab-



bau. Dies zieht die Wirtschaft nach unten: Denn es können in einem nahezu geschlossenem Wirtschaftsraum wie dem europäischen Binnenmarkt nicht alle gleichzeitig Export-Champion sein.

Eine Korrektur der deutschen Lohnpolitik wird aber kaum über Brüssel erfolgen, wo die Interessen der Arbeitgeber dominieren und kaum demokratische Kontrolle herrscht. Es kommt daher auf politischen Druck in Deutschland an, um die Lohndrückerei über Hartz IV, Leiharbeit etc. zu beenden.

## **Schuldenschnitt** für überschuldete Staaten - rechtzeitig

Ein Schuldenschnitt in überschuldeten Staaten (d.h. vereinfacht wenn die Zinsen dauerhaft über der Wachstumsrate liegen) muss rechtzeitig und in ausreichender Höhe erfolgen.

Bei einem Schuldenschnitt ist darauf zu achten, dass er rechtzeitig erfolgt bevor die Staatsanleihen alle bei der EZB bzw. dem ESM und somit faktisch bei den Steuerzahler/innen liegen. Ein Schuldenschnitt träfe dann nicht mehr die Finanzwirtschaft sondern die Allgemeinheit. Darüber hinaus müssen das normale Kreditgeschäft der Banken und die Kundeneinlagen der Kleinsparer vom Staat garantiert werden. Strauchelnde Finanzinstitute müssen je nach Bedeutung für die Kreditversorgung der realen Wirtschaft geschrumpft, reguliert und in öffentliches Eigentum überführt werden.

Das ist besser als über Rettungspakete die Finanzblase lediglich auf die Allgemeinheit zu verschieben. Um einen Anstieg der Zinsen für vom Schuldenschnitt betroffene Staatsanleihen zu verhindern, muss es hiernach direkte Kredite der EZB bzw. einer öffentlichen Bank für Anleihen geben (nur letzteres wäre gegenwärtig mit den EU-Verträgen vereinbar), um die Staaten von den Kapitalmärkten unabhängig zu machen.

## VI. Pro & Kontra

Auch in der LINKEN werden die Maßnahmen der EU kontrovers diskutiert. Wir wollen hier eine kurze Übersicht über Pro und Contra verschiedener Maßnahmen geben.

### **Bankpleiten**

Die großen privaten Geschäftsbanken und auch zahlreiche Landesbanken, die von konservativen Politikern auf hohe Renditen ausgerichtet wurden, haben mit ihren riskanten Geschäften die Wirtschaft in den Abgrund gerissen. Der Anreiz der Banken immer riskantere Geschäfte zu tätigen, um hohe Renditen zu erzielen ist hoch (moral hazard). Denn im Zweifel haften die Steuerzahler/innen. Daher wird in der LINKEN diskutiert, ob unter bestimmten Voraussetzungen nicht kontrollierte Bankpleiten sinnvoll sind. Bei der für die Kreditversorgung unbedeutenden IKB hat DIE LINKE mit ihrem Aufsichtsratsmitglied Oskar Lafontaine als einzige politische Kraft für eine Insolvenz gestimmt.

Die Pleite der US-Investment Bank Lehman Brothers hat die Wirtschaftskrise in den USA jedoch ins Rollen gebracht. DIE LINKE hat die Bankenrettung der Bundesregierung in Deutschland dennoch abgelehnt, weil diese die Banken weder reguliert noch die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten hat.

Die großen Banken sind „too big to fail“. Die Bilanzsumme der Deutschen Bank entspricht z.B. etwa der gesamten deutschen Staatsverschuldung. Griechenland ist dagegen Peanuts. Nur 4 Prozent der Bilanzsumme der Deutschen Bank sind klassisches Kreditgeschäft für die Wirtschaft, der Rest ist Casino.

Eine Pleite von großen Banken ist daher mit enormen Risiken für das Finanzsystem verbunden. Die Banken haben sich selbst verstaatlicht. Sie bürdern ihre Verluste der Allgemeinheit auf und streichen die Gewinne ein. Die Bundesregierung hat die Banken mit 480 Milliarden Euro an Steuergeldern gerettet bzw. von Risiken abgesichert. Sie weigert sich aber im Sinne der Eigentümer – der Steuerzahler/innen – Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken zu nehmen und diese strikt zu regulieren. Die Konzentration im Bankensektor hat in der Krise sogar zugenommen.

DIE LINKE will - wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman - den Finanzsektor in öffentliches Eigentum überführen, schrumpfen und strikt regulieren. Wir brauchen im Bankensektor das solide Geschäftsmodell der Sparkassen: Einlagensicherung für Sparguthaben der Kunden,

Zahlungsverkehr und Finanzierung von Investitionen. Die Erfahrungen in Schweden zeigen, dass die Verstaatlichung von Banken bei strikter Regulierung die billigste Lösung ist, weil mit einem solventen Staat im Rücken die Zinsen auf dem Interbankenmarkt (wo sich Banken untereinander Geld leihen) sinken.

Darüber hinaus muss das Trennbankensystem nach Vorbild des Glass-Steagall-Act des ehemaligen US-Präsidenten Roosevelt wieder durchgesetzt werden und der Eigenhandel der Banken mit Währungen, Aktien & Rohstoffen untersagt werden. Investmentbanken hätten dann keinen Zugang mehr zu Zentralbankgeld und Banken könnten nicht mehr auf eigene Rechnung (ohne Kundenauftrag) spekulieren. Die Privatisierung des Rentensystems muss darüber hinaus rückgängig gemacht werden, damit nicht mehr die Altersvorsorge von Menschen im Feuer steht. Wenn sich die Investmentbanken dann verzocken, können sie einfacher in die Pleite entlassen werden, ohne dass die Steuerzahler/innen haften müssen.

Doch bereits heute wäre es möglich bestimmte Geschäftsbereiche – wie das Kreditgeschäft der Banken oder Ansprüche an Lebensversicherungen und Altersvorsorge – zu retten und den Rest abzuwickeln. Island ist dafür ein erfolgreiches Beispiel. Die dortigen drei großen Banken Kaupthing, Landsbanki und Glitnir hatten auf dem Höhepunkt der Krise eine Bilanzsumme, die das 10-fache des isländischen BIP ausmachte. Die Linksregierung hat die

Banken kontrolliert abgewickelt und mit Kapitalverkehrskontrollen, einem Schuldenschnitt und einer Abwertung einen Aufschwung eingeleitet. Der isländische Bankensektor wurde anschließend rekapitalisiert. Für eine derartige Politik braucht es allerdings die Vermögensabgabe, weil sonst ein Staat schnell selbst unter der Last eines kollabierenden Bankensektors zusammen brechen kann.

## Anleihekäufe der EZB

DIE LINKE hat bereits sehr früh direkte Kredite der EZB an Euro-Staaten gefordert – einige Politiker der LINKEN hielten damals noch Euro-Bonds für ausreichend. Jetzt besteht in diesem Punkt große Einigkeit, auch die Gewerkschaften und renommierte Ökonomen haben sich unserer Forderung angeschlossen. Nun kauft die EZB Anleihen von Krisenstaaten auf dem Sekundärmarkt, was auch eine Art Notenbankkredit an den Staat ist. DIE LINKE hat sich nach kontroverser Debatte aber gegen diese Maßnahme entschieden. Denn der Teufel steckt im Detail:

---

**Exkurs Staatsanleihen:** Eine Staatsanleihe ist ein festverzinsliches Wertpapier. Der Käufer leiht dem Staat Geld und erhält dieses nach Tilgung der Anleihe zurück sowie eine Risikoprämie (den Zins). Das Ziel der Anleihekäufe der EZB ist eine Stabilisierung der Kurse bzw. die Senkung der Zinsen. Das funktioniert so (fiktive Zahlen):

Italien hat 2006 eine 10-jährige Staatsanleihe über 100 Euro und einem Kupon (fester Nominalzins) von 4 Prozent ausgegeben. Investor Dagobert Duck kauft die Anleihe und leiht Italien somit 100 Euro. Er erhält nach zehn Jahren also 100 Euro zurück und jedes Jahr 4 Euro Zinsen. Wer diese Anleihe nach 5 Jahren weiterverkaufen will, bekommt auf dem Sekundärmarkt wegen des gestiegenen Ausfallrisikos und Spekulation zum

**Geschenk an die Banken:** Der ehemalige Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz nennt die Geldpolitik der EZB ein „Geschenk an die Banken“. Er kritisiert die mit den Anleihekäufen verbundenen Kürzungspakete – wie DIE LINKE.

Die EZB hat bereits im Umfang von über 200 Milliarden Euro Anleihen von Krisenstaaten auf den Sekundärmärkten gekauft (Securities Markets Programme). Das heißt sie hat die Anleihen den Banken abgekauft. Nun will die EZB im Notfall unbegrenzt Anleihen von Krisenstaaten kaufen (Outright Monetary Transactions).

Die EZB begründet dies mit dem unterschiedlichen Zinsniveau in der Euro-Zone. Die Bundesregierung hat sich lange gegen solche Anleihekäufe gewehrt. Mittlerweile unterstützt Merkel aber diesen Schritt. Der Grund hierfür dürfte ein Deal sein: Die EZB saniert mit den Anleihekäufen Banken in Frankreich, Spanien oder Italien (aber auch deutsche Banken, die zu den Hauptgläubigern gehören).

Beispiel nur noch 80 Euro dafür. Investor B, der diese Anleihe für 80 Euro Investor A abkauft, erhält weiterhin den Kupon von 4 Euro Zinsen pro Jahr - für ihn ergibt sich daraus jedoch ein effektiver Zins von 5 Prozent. Schließlich hat er nur 80 Euro investiert, nicht 100 Euro.. Aus diesem effektiven Zins, dem Marktpreis des Wertpapiers sowie der Restlaufzeit des Papiers ergibt sich nach einer bestimmten Formel die sogenannte Umlaufrendite, In diesem Fall würde sie etwa 10 Prozent für Investor B betragen. Italien muss für neue Anleihen mindestens eine Umlaufrendite von 10 Prozent bieten, um Käufer zu finden. Wenn die EZB nun italienische Anleihen kauft und die Kurse wieder auf 100 Euro bringt, sinkt der effektive Zins bzw. die Umlaufrendite wieder auf 4 Prozent.



Im Gegenzug müssen die Krisenstaaten unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen. Die Bundesregierung gewinnt so an Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Krisenstaaten und kann dort besser die Interessen der deutschen Wirtschaft durchsetzen. Die Risiken tragen die Steuerzahler/innen.

Die Anleihekäufe können prinzipiell die Zinsen senken. Allerdings ist die Wirkung der ersten Runde von Anleihekäufen nach kurzer Zeit verpufft. Das lag u.a. daran, dass die Anleihekäufe mit hoher politischer Unsicherheit verbunden waren. Denn die EZB wurde hierfür u.a. von der mächtigen Bundesregierung und der Bundesbank kritisiert. Investoren waren sich daher nicht sicher, ob die EZB diese Politik dauerhaft fortsetzen wird. Auch das neue Anleihekaufprogramm ist von erheblicher Unsicherheit geprägt. Denn die EZB wird nur Anleihen kaufen, wenn die Krisenstaaten unter den Rettungsschirm schlüpfen und die brutalen

Kürzungspakte durchsetzen. Die EZB kann also jederzeit wieder aussteigen, wenn die Kürzungspakte auf politischen Widerstand treffen. Außerdem sind die Kürzungspakte kontraproduktiv. Wenn die Krisenstaaten deswegen in die Rezession rutschen, nutzen auch niedrige Zinsen nichts mehr, die Schulden können dann eventuell nicht mehr bedient werden.

DIE LINKE fordert direkte Kredite der EZB. Aber ohne Kürzungspakte und ohne Geschäft für die Banken. Denn die Kürzungspakete erhöhen das Risiko von Staatsbankrotten und somit Risiken für die Bilanz der EZB durch Abschreibungen auf die Staatsanleihen. Eine Notenbank kann zwar nicht bankrott gehen: Sie hat das Geldmonopol und kann hierüber immer wieder Gewinne erzielen. Allerdings können Zweifel an der Qualität der Notenbankbilanz zur Flucht aus dem Euro führen und über eine Abwertung Inflationserwartungen schüren.

---

**Einige Ökonomen** sehen einen Zusammenhang zwischen der weiten Geldmenge M 3 und Inflation. Linke Ökonomen betonen, dass die Geldmenge von der Nachfrage der Wirtschaftsakteure bzw. der Kreditgewährung der Banken abhängt. M 3 sei daher nicht die Ursache von Inflation.

Vielmehr stiege M 3 als Ergebnis von Inflation, weil höhere Preise mehr Geld erfordern. Inflation sei überwiegend ein Ergebnis von Verteilungskonflikten (Lohnstückkosten) und der Preissetzung von Unternehmen.



Hinzu kommt: Bei Käufen auf dem Sekundärmarkt kauft die EZB den Banken Staatsanleihen ab. Die Banken erhalten im Gegenzug Zentralbankgeld (die sogenannte Geldmenge  $M_0$  erhöht sich). Die Banken verleihen wegen der schlechten wirtschaftlichen Perspektiven das zusätzliche Geld jedoch nicht an Unternehmen und Privathaushalte, auch nicht an andere Banken. Die weite Definition der Geldmenge  $M_3$  steigt daher nur moderat.

Die Banken parken die zusätzliche Liquidität bei der EZB bzw. spekulieren im Casino. Das Risiko einer Inflation auf den Gütermärkten ist wegen der schwachen Kreditvergabe für die reale Wirtschaft gering. Das kann sich ändern, wenn die Wirtschaft sich erholt. Die EZB kann die zusätzliche Liquidität jedoch sterilisieren, d.h. sie verkauft Anleihen anderer Staaten oder schiebt die Einlagen der Banken auf längere Fälligkeit um. Dadurch kann sie einen Anstieg der Geldmenge verhindern.

Allerdings kann die Senkung der Zinsen bzw. die Schaffung von Liquidität für die Banken Vermögenspreise von Immobilien, Rohstoffen verteuern. Die Banken können z.B. Derivate (Papiere, die sich z.B. an einem Rohstoffindex orientieren) auflegen. Bank A nimmt dann seine Einlage bei der EZB und tauscht sie gegen ein

neues Derivat der Bank B. Die Geldmenge steigt zwar nicht, aber dennoch kommt es zu Blasen.

Aus diesen Gründen hat sich DIE LINKE nach kontroverser Debatte gegen die Anleihekäufe der EZB entschieden und fordert direkte Kredite der EZB. Das zusätzliche Geld kann so sinnvolle öffentliche Investitionen finanzieren statt Spekulation der Banken.

## Schuldenschnitt

Ein Schuldenschnitt kann sinnvoll sein, wenn ein Land seine Schulden nicht mehr bedienen kann. Vereinfacht gesprochen: Ein Land kann seine Schulden nicht mehr bedienen, wenn die Zinsen über dem Wachstum der Wirtschaftsleistung liegen. Wenn der Schuldenschnitt vernünftig gemacht wird, kann er ein Beitrag sein, um die Profiteure zur Kasse zu bitten. Ein Schuldenschnitt ist aber auch sehr kompliziert.

## Risiken

Ein Zahlungsausfall (“Staatsbankrott”) eines Staates hätte unter den jetzigen Bedingungen verheerende Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Der betroffene Staat würde nur noch zu Wucherzinsen Kredite auf den Kapitalmärkten bekommen. So würde er den Staatsaufgaben wie z.B. Gesundheits- oder Altersversorgung kaum noch nachkommen können und könnte evtl. keine Gehälter mehr für die Staatsbeschäftigten auszahlen.

Den übrigen Euro-Staaten droht dann wegen der Verluste

ihrer Finanzkonzerne ein Zusammenbruch des Finanzsystems (Banken leihen sich z.B kein Geld mehr, weil sie schwarze Löcher in den Bilanzen der anderen Banken fürchten, Unternehmen bekommen keine Kredite mehr, um zu investieren). Handelt es sich bei den strauchelnden Finanzinstituten um öffentliche Banken (z.B. die in der Krise verstaatlichte HRE bzw. die Landesbanken), um Versicherungen, die private Renten- und Lebensversicherungen in Staatsanleihen investiert haben, oder haben die Banken zunehmend ihre Staatsanleihen bei der EZB abgeladen, trifft es die Steuerzahler.

### **Und nun?**

Die praktizierte Alternative zum Staatsbankrott sind aber immer größere Rettungsschirme, ohne Einfluss auf die Finanzmärkte. Nötig sind daher bei einem Schuldenschnitt Direktkredite der EZB um die Explosion der Zinsen zu verhindern, eine Krisenabgabe für Millionäre sowie die Abwicklung oder Rekapitalisierung bzw. öffentliche Kontrolle und Regulierung des Bankensektors. Wenn Finanzkonzerne in Schwierigkeiten geraten ist die Verstaatlichung i.d.R. am Billigsten. In jedem Falle muss das normale Kreditgeschäft der Banken und die Kundeneinlagen der Kleinsparer vom Staat garantiert werden.

## **VII. Glossar**

### **Altschuldentilgungsfonds**

Der Altschuldentilgungsfonds geht u.a. auf einen Vorschlag des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsweise“) zurück. Er sieht vor, dass Schulden oberhalb des Maastricht-Kriteriums (Stabilitäts- und Wachstumspakt) von 60 Prozent Schulden zum BIP in einem Fonds gebündelt werden und über gemeinsame Euro-Bonds aller Euro-Staaten abgetragen werden. Die Bundesregierung hat sich gegen diese gemeinschaftliche Haftung für Schulden ausgesprochen. Gleichwohl hat Bundesfinanzminister Schäuble angedeutet, er könne mit Euro-Bonds leben wenn die Mitgliedsstaaten Strukturreformen – also Lohn- und Sozialabbau – durchgesetzt haben.

### **Bankenunion**

Die Bundesregierung hat mit Frankreich, Spanien und Italien deren Banken viele notleidende Staatsanleihen in der Bilanz haben, einen Deal zu Lasten der Steuerzahler/innen gemacht: In den Krisenstaaten müssen Banken rekapitalisiert werden, teilweise auch weil der politische Wille fehlt, hohe Vermögen abzuschöpfen und die spekulativen Geschäftsbereiche in die kontrollierte Pleite zu überführen. Die Kredite des Euro-Rettungsschirms über 100 Milliarden Euro an Spanien dienen unmittelbar der Bankenrettung. Der spanische Staat haftet für die Kredite, was wiederum die Staatsverschuldung erhöht. Um eine wech-

selseitige Ansteckung durch Banken- und Staatsschulden zu vermeiden sollen Banken zukünftig direkt Gelder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) tanken. Die Ansiedlung der Bankenaufsicht bei der EZB wurde dabei zur Bedingung erklärt. Dies hatte aber nur den Hintergrund, dass Merkel damals Zeit in den Verhandlungen schinden wollte. DIE LINKE lehnt diesen Deal ab, weil die Verursacher der Krise nicht zur Kasse gebeten werden und die Bankenrettung nicht mit öffentlichen Eigentumsrechten und strikter Regulierung verbunden ist. Die EZB ist wegen ihrer geldpolitischen Aufgaben für die Bankaufsicht ungeeignet.

## **Bazooka**

Mit Bazooka wurde in der Presse sowohl das Anleihekaufprogramm der EZB wie auch ein spezielles Refinanzierungsgeschäft der EZB mit den Banken bezeichnet. Letzteres umfasste Kredite von 1 Billion Euro mit einer Laufzeit von drei Jahren zum Zins von 1 Prozent. Die Banken wiederum kaufen mit dem billigen Geld Staatsanleihen und erhalten Zinsen von gegenwärtig um die 7 Prozent von Krisenstaaten. Ein gutes Geschäft für die Banken.

## **Credit Default Swaps (CDS)**

CDS sind handelbare Kreditausfallversicherungen. Ein Investor kann sich gegen eine Prämie gegen den Zahlungsausfall eines Staates versichern. Sie können die CDS auch weiter verkaufen. Kaufen viele Investoren diese Papiere ist das ein Signal für die Finanzmärkte, dass ein Zahlungsausfall droht. Die Zinsen auf die betreffenden Staatsanleihen

steigen, die Versicherungen werden noch wertvoller.

## **Nackte CDS**

Bei nackten CDS versichern sich Investoren etwa gegen eine Pleite Griechenlands, auch wenn sie dem Staat gar kein Geld geliehen haben. Das ist wie eine Feuerversicherung auf das Haus des Nachbarn. Wenn es brennt, macht man Kasse.

## **Welche Rolle spielen CDS aktuell?**

Niemand kennt das genaue Volumen der CDS-Kontrakte, da sie überwiegend außerbörslich (over the counter) gehandelt werden. Einige Hedge-Fonds und Investmentbanken haben sich damit jedoch mit Sicherheit großzügig eingedeckt. Sie blockieren jetzt in den Verhandlungen des Internationalen Bankenverbandes mit der griechischen Regierung einen freiwilligen Schuldenschnitt, um ein sogenanntes Kreditereignis auszulösen. Passiert der Schuldenschnitt nämlich ohne Zustimmung der Investoren (Kreditereignis), kassieren sie die Versicherungssumme.

## **Euro-Bonds**

Die EU-Verträge sehen vor, dass weder die EU noch ein Mitgliedsland für die Schulden anderer EU-Länder haften (No Bail-Out Klausel, Art. 125 AEUV). Daher müssen sich EU-Staaten alleine auf den Kapitalmärkten Geld leihen. Die No-Bail-Out-Klausel ist aber seit der Euro-Rettung hinfällig, denn faktisch haften die EU-Staaten füreinander.

DIE LINKE hat bereits lange vor Ausbruch der Krise sogenannte Euro-Bonds gefordert. Die Hoffnung war, dass die gemeinsame Finanzierung der Mitglieder der EU bzw. der Eurozone zu niedrigeren Zinsen führt. Denn die Euro-Zone wäre ein großer und hoch liquider Markt für Staatsanleihen, vergleichbar den USA.

Die Voraussetzungen haben sich aber dramatisch geändert. Mittlerweile wurden auch starke Länder wie Frankreich von den Ratingagenturen herabgestuft. Die Abhängigkeit der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten muss daher grundsätzlich gebrochen werden. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht – nicht ganz zu Unrecht – geurteilt, dass eine Haftung der Steuerzahler für andere Staaten nur dann zu akzeptieren ist, wenn eine ausreichende demokratische Kontrolle der Haushaltspolitik gegeben ist. Dies ist auf EU-Ebene aber nicht der Fall. Darüber hinaus hat die EU-Kommission erste eigene Ansätze für Euro-Bonds diskutiert. Euro-Bonds (blue bonds) soll es nur bis zum Maastricht-Kriterium von bis zu 60 Prozent Schulden zum BIP geben. Alles was darüber hinaus geht soll weiterhin über nationale Anleihen (red bonds) finanziert werden. Dies würde aber dazu

führen, dass Länder wie Griechenland auf die red bonds wohl noch höhere Zinsen als bisher zahlen müssten, da die Investoren nur den blue bonds vertrauen würden. Zudem will die EU-Kommission die Einführung dieser Euro-Bonds an den Verlust jeglicher haushaltspolitischer Souveränität koppeln. Euro-Bonds sind daher unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Perspektive und reichen nicht aus, um die Probleme der Euro-Zone zu bewältigen.

### **Europäisches Semester**

Die nationalen Parlamente müssen zukünftig ihre Haushalts- und Reformentwürfe vor einem Beschluss durch die EU-Kommission im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters begutachten lassen. Die EU-Kommission kann Abweichungen von ihren Empfehlungen jeweils im Folgejahr in ihrem Jahreswachstumsbericht rügen.

### **Euro-Rettungsschirm**

Der Eurorettungsschirm setzt sich aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) der EU-Kommission, aus Krediten des IWF und der Europäischen Finanzsta-



bilisierungsfazität (EFSF) der EU-Mitgliedsstaaten zusammen.

Von den 750 Mrd. Euro des Rettungsschirms sind allerdings nur rund 465 Mrd. Euro verfügbar. Denn die EFSF muss selbst Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen und reicht diese mit einem Aufschlag an die Krisenstaaten weiter. Um das Geld günstig aufzunehmen braucht der EFSF ein Spitzenrating (Triple A) der privaten Ratingagenturen. Nun hat Standard & Poor's aber selbst Frankreich und somit den EFSF herabgestuft. Die Begründung lautete übrigens, dass die Sparprogramme der Euro-Zone die Wirtschaft unter Wasser drücken und somit den Schuldenabbau erschweren.

Im Sommer 2011 beschlossen EU-Regierungen und Eurogruppe schon einmal die Aufstockung („Ertüchtigung“) der EFSF und die Erweiterung ihrer Instrumente: Zukünftig soll die EFSF z.B. auch Staatsanleihen aufkaufen können. Nach den ersten Krediten an Griechenland (Mai 2010) haben Irland (November 2010) und Portugal (April 2011) Kredite des Eurorettungsschirms (EFSM und EFSF) in Anspruch genommen. Auch die zweite „Griechenland-Hilfe“ wird über die EFSF ausgezahlt.

## **EU-Sixpack**

Das EU Sixpack bezeichnet sechs europäische Gesetzgebungsmaßnahmen zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und für ein neues gesamtwirtschaftliches Überwachungsverfahren. Vier der sechs Rechtsakte dienen der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. (SWP),

dessen Vorgaben verschärft wurden. Die verbleibenden zwei Rechtsakte betreffen ein Frühwarnsystem für übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte und einen Korrekturmechanismus. Die Sanktionen gegen makroökonomische Ungleichgewichte (z.B. chronische Leistungsbilanzungleichgewichte) sind aber weicher als die Sanktionen des SWP und greifen faktisch nur bei Ländern mit Defiziten in der Leistungsbilanz, nicht bei Ländern mit chronischen Exportüberschüssen.

## **ESM**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll ab 2013 mit einem Volumen von 700 Mrd. Euro den bisherigen Euro-Rettungsschirm (EFSF) ersetzen. Er wird bewusst außerhalb der EU-Institutionen angelegt, um die Kontrolle durch europäische und nationalstaatliche Parlamente zu verhindern. Zudem lässt auch der ESM-Vertrag weitgehend offen, in welcher Form private Gläubiger an den Kosten der Krise beteiligt werden. Deutschland dominiert den ESM mit einem Kapitanteil und entsprechenden Stimmrechten von 27 Prozent. Daher versucht Merkel alle Krisenstaaten unter den ESM zu drücken. Dies bedeutet zwar Risiken für die Steuerzahler/innen, die für die Kredite haften. Es verschafft Merkel & Co. Aber Einfluss über die Politik der Krisenstaaten.

## **Fiskalvertrag**

Der Fiskalvertrag ist Teil des Vertrags über verstärkte haushalts- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit. Er

beinhaltet v.a. die Verschärfung des „dummen Stabilitäts- und Wachstumspakts“ (Romano Prodi) sowie die Einführung „Schuldenbremsen“ in nationales Recht. Der Vertrag ist außerhalb der EU-Verträge (ohne Beteiligung Vereinigtes Königreich & Tschechien) angesiedelt.

Der Fiskalvertrag beinhaltet die Verpflichtung auf einen „ausgeglichene Haushalt“. Dies bedeutet die strukturelle (d.h. um die Konjunktur bereinigte) Neuverschuldung darf maximal 0,5 Prozent des BIP (wenn Schuldenquote unter 60 Prozent, max. 1 Prozent des BIP) betragen. Ausnahmen sind vorgesehen bei: Außergewöhnlichen Ereignissen (z.B. Naturkatastrophen) bzw. einem schweren Wirtschaftsabschwung (dieser muss aber bereits eingetreten sein).

### **Sanktionen**

Bei unzureichender Umsetzung in nationales Recht kann die Trio-Präsidentschaft der EU (die drei Länder, die zuletzt bzw. aktuell die Präsidentschaft stellen) ein Mitgliedsland vor dem EuGH verklagen. Dem Land werden dann keine Gelder aus dem ESM (permanenter Rettungsschirm) gewährt und es kommt zu automatischen Strafzahlungen von bis zu 0,1 Prozent des BIP.

### **Hebelung**

Eine nochmalige Aufstockung der EFSF (vor Ablösung durch den ESM) bzw. neue Rettungspakete sind politisch kaum durchsetzbar. Allein Italien und Spanien weisen bis 2014 einen Refinanzierungsbedarf von etwa 1 Billion Euro aus. Kommt es zum unkontrollierten Staatsbankrott, würde dies die Banken dieser Länder sowie auch deutsche Banken in den Abgrund reißen. Die Bundesregierung und die EU-Kommission wollten daher eine Hebelung des EFSF bzw. nun des ESM. Diese ist aber durch die Herabstufung des EFSF (siehe oben) und die mangelnde Bereitschaft ausländischer Investoren in den EFSF zu investieren unwahrscheinlich. Daher hat die Bundesregierung ihren Widerstand gegen Anleihekäufe der EZB aufgegeben. Diese können nämlich ohne Beteiligung von Parlament und Öffentlichkeit erfolgen.

### **Hebelung- Wie geht das?**

Die Europäische Investitionsbank (EIB), die sich im Eigentum der EU-Mitgliedsstaaten befindet, würde eine Zweckgesellschaft gründen (eine Zweckgesellschaft unterliegt nicht denselben Anforderungen an die Kapitalausstattung wie Banken. Sie werden häufig von Banken benutzt um die



Finanzmarktregulierung zu umgehen und operieren aus Steuerparadiesen).

Diese Zweckgesellschaft würde sich über den Rettungsfonds EFSF finanzieren. Sie soll dann Anleihen von Krisenländern aufkaufen und bei der EZB als Sicherheit hinterlegen und eigene Anleihen begeben - sprich sich von Investoren Geld leihen. Sie könnte in etwa das 8-fache ihrer bei der EZB hinterlegten Sicherheiten wieder als Kredite vergeben. Das nennt man Leverage oder Hebeln.

### **Risiko bleibt bei Steuerzahlern**

Finanzanalyst Torge Middendorf (WestLB) „Der Hebel vermeidet, dass die nationalen Parlamente nochmals über eine Aufstockung des Rettungsfonds abstimmen müssen“. Wenn es hart auf hart kommt, würde dann natürlich die EZB auf den Staatsanleihen sitzen bleiben, das Risiko bleibt also ganz klar bei den Mitgliedsländern der EZB.“

Carsten Kluge, Aktienstrategie bei MM Warburg: „Mit Leverage hat die Finanzmarktkrise angefangen. Wenn man den Ausweg aus einer Krise mit einem Instrument sucht, das in die Krise hineingeführt hat, zeigt das schon, wie der Markt tickt.“

### **Ratingagenturen**

Ratingagenturen sind private, gewinnorientierte Unternehmen, welche die Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Staaten bewerten. Sie wenden dabei einen Code an, der in der Regel von AAA (Triple A) für höchste Bonität bis zu D (Default) für Zahlungsausfall reicht. Die drei wichtigsten

Agenturen sind Moody's, Standard & Poor's (S&P) sowie Fitch. Daneben existieren kleinere spezialisierte Agenturen wie die kanadische DBRS und die öffentliche, chinesische Dagong.

Senken die Ratingagenturen den Daumen über Euro-Staaten, fliegen die Zinsen für deren Kredite in die Höhe. Das kostet die Steuerzahler Millionen. Finanzkonzerne sind häufig Eigentümer oder Kunden der Ratingagenturen, manchmal auch beides. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 war die Empörung über die „Rating-Gangster“ groß. Diese hatten dem Giftmüll der Banken beste Noten erteilt und dafür hübsche Gebühren von ihnen kassiert. Passiert ist seither nichts. Jetzt ziehen sie hingegen bei Staaten die Daumenschrauben an.

Die Macht der Ratingriesen und die Ohnmacht der Staaten sind jedoch kein Naturgesetz. Seit 2007 verlangt etwa die Europäische Zentralbank (EZB) ein positives Urteil der Agenturen für Staatsanleihen, wenn Banken diese Papiere bei der EZB parken, um an frisches Geld zu kommen.

In den USA, Großbritannien und Japan garantieren hingegen die Zentralbanken die Staatsschulden. Daher haben diese Länder trotz höherer Verschuldung als die Euro-Zone keine Probleme mit Ratings. Denn sie kommen immer an günstige Kredite. In den USA sanken die Zinsen sogar nach einer Herabstufung durch S&P. Denn die USA sind immer noch der größte Markt für Staatsanleihen und ein sicherer Hafen in der Krise.

Die Kritik der konservativen Politiker an den Agenturen lenkt zudem von der fatalen Politik der Bundesregierung ab: So begründet S&P den negativen Ausblick für die Euro-Zone auch damit, dass Sozialabbau und Kürzungspakte die Wirtschaft unter Wasser drücken und damit die öffentlichen Schulden erhöhen statt zu senken.

### **Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)**

Der SWP soll das jährliche öffentliche Defizit auf 3 Prozent des BIP und die Bruttoschuldenquote auf 60 Prozent des BIP begrenzen. Falls diese Vorgaben gebrochen werden, wird nach Rüge der EU-Kommission (blauer Brief) das sogenannte „Verfahren bei übermäßigem Defizit“ eingeleitet. Ausnahmen sind nur bei außergewöhnlichen Ereignissen wie Naturkatastrophen oder einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von mindestens 0,75 Prozent gegeben. Dann kommt eine Erhöhung der Staatsausgaben aber bereits zu spät.

Die Vorgaben des SWP wurden nun verschärft: Mitgliedsstaaten mit einem Schuldenstand von mehr als 60 Prozent

des BIP werden verpflichtet, diesen zu verringern, und zwar auch dann, wenn ihr jährliches öffentliches Defizit unter dem Referenzwert von 3 % des BIP liegt. Wenn es beispielsweise ein Land, gegen das ein Defizitverfahren läuft, versäumt hat, die nötigen Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits zu ergreifen, wird eine unverzinsliche Einlage in Höhe von 0,2 % des BIP fällig. Bei fortgesetzter Nichteinhaltung würde die hinterlegte Einlage in eine Geldbuße umgewandelt. Darüber hinaus würde die Sanktion prinzipiell automatisch ausgelöst und kann nur durch eine umgekehrte „qualifizierte Mehrheit“ im Ministerrat verhindert werden. Die Stimmverteilung im Europäischen Ministerrat garantiert, dass sich solche Verfahren vorwiegend gegen kleine Mitgliedstaaten richten. Außerdem konzentriert sich der SWP ausschließlich auf öffentliche, nicht aber auf private Schulden, die für die Euro-Krise maßgeblich waren.

### **TARGET 2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System)**

TARGET 2 ist die zweite Generation des Zahlungsverkehrssystems TARGET. Es ist das gemeinsame Echtzeit-



Brutto-Clearingsystem (RTGS) des Eurosystems (ESZB). Brutto-Clearingsysteme dienen dem täglichen Transfer von Geldern zwischen den angeschlossenen Banken. „Brutto“ bedeutet, dass jede einzelne Zahlung aus dem Zentralbankguthaben der auftraggebenden Bank ausgeführt wird. Wenn aus einem Land Zentralbankgeld in ein anderes Land überwiesen wird, entstehen Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB), die als Clearingstelle (täglich 24:00 Uhr) fungiert. Bei der belasteten Notenbank entsteht ein negativer TARGET2-Saldo (Verbindlichkeit gegenüber der EZB) und bei der empfangenden Notenbank entsteht ein positiver TARGET2-Saldo (Forderung gegenüber der EZB).

Beispiel: Ein spanisches Unternehmen importiert eine deutsche Maschine. Die spanische Bank überweist die Rechnungssumme an die deutsche Hausbank des Maschinenbauers. Da wegen des deutschen Exportüberschusses gegenüber Spanien grundsätzlich mehr Überweisungen von spanischen Banken an deutsche Banken getätigt werden als umgekehrt geraten die spanischen Banken in Liquiditätsengpässe. Sie bekommen derzeit aber kein Geld mehr auf dem Interbankenmarkt (dort leihen sich Banken untereinander Geld). Daher muss sich die spanische Zentralbank gegenüber der deutschen Zentralbank verschulden, um der spanischen Geschäftsbank Liquidität zu verschaffen. Die Ursache der anschwellenden TARGET 2 Salden bzw. der hierüber geschöpften Liquidität sind die Handelsungleichgewichte in Europa.

## **Wettbewerbspakt (Wirtschaftsregierung)**

Auf Initiative von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy wurde im März 2011 ein ‚Pakt für Wettbewerbsfähigkeit‘ oder auch ‚Euro-Plus-Paket‘ beschlossen. Angela Merkel griff dabei die traditionell von Frankreich und linken Ökonomen vertretene Forderung nach einer Wirtschaftsregierung bzw. einem System zur Koordination der Fiskal, Geld- und Lohnpolitik in Europa auf. Die ursprüngliche Idee der Wirtschaftsregierung war es, wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa symmetrisch zu verhindern, d.h. etwa auch Länder mit Exportüberschüssen zu höheren Löhnen oder öffentlichen Investitionen zu zwingen statt nur von Defizitländern Anpassung zu verlangen.

Die Bundeskanzlerin und der damalige konservative Präsident Frankreichs, Sarkozy, nutzten diese Idee, um einen Angriff auf die Beschäftigten sowie Rentner zu starten. Demnach sollen verschuldete Staaten im Rahmen einer „koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ihr Lohnniveau drücken, das Renteneintrittsalter heraufsetzen (Rente erst ab 67), den Arbeitsmarkt ‚flexibilisieren‘, den Mindestlohn senken, die Löhne im öffentlichen Dienst kappen und die Koppelung der Löhne an die Inflation aufheben.

**Fabio De Masi, MdEP Sabine Wils**

1. November 2012



**Wir zahlen nicht für eure Krise!**  
+++ Unsere Forderung: Ein Schutzschirm für Menschen +++

IZ IV ist ein Verbrechen!  
**ARMUT BEKÄMPFEN**  
Nicht fördern  
**DIE LINKE.**

VERTAFELUNGSWAH  
**ARMUT BEKÄMPFEN**  
Nicht festigen  
**DIE LINKE.**

Reichtum weg  
**ARMUT BEKÄMPFEN**  
nicht zementieren!  
nicht zementieren!  
**DIE LINKE.**

Systemwechsel  
**jetzt!**

Kein Herz IV muß weg  
**ARMUT BEKÄMPFEN**  
nicht zementieren!  
nicht zementieren!  
**DIE LINKE.**

BÜRGERGELD STATT  
**ARMUT BEKÄMPFEN**  
nicht zementieren!  
**DIE LINKE.**

**LINKE.**  
STADTLAG

**Little John Bikes**  
Der große Fahrradmarkt

**Sabine Wils** ist Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion GUE/NGL), Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und Mitglied im BundessprecherInnenrat der Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft.

**Fabio De Masi** ist Volkswirt und Master in Internationalen Beziehungen und arbeitet seit vielen Jahren zu Europäischer Wirtschafts- und Währungspolitik. Er ist Tutor für Geld und Außenhandel im Master Political Economy of European Integration an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht und schließt dort gerade sein Aufbaustudium in Internationaler Volkswirtschaft zu Geldpolitik und Vermögenspreisblasen ab. Er arbeitet für die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht und ist einer der Bundessprecher der Sozialistischen Linken.

## Impressum:

Sabine Wils (MdEP)  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227 71407  
Fax: +49 30 227 76819

Büro Hamburg  
Buceriusstr. 2  
20095 Hamburg  
Tel.: +49 40 30701799  
Fax: +49 40 76752943



Büro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227 71407  
Fax: +49 30 227 76819

Büro Brüssel  
Europäisches Parlament  
ASP 6F247  
Rue Wiertz 63  
B-1047 Bruxelles  
Tel.: +32 228 47644  
Fax: +32 228 49644  
sabine.wils@europarl.europa.eu  
www.sabine-wils.eu

Gestaltung: Marco Heinig | backboard.de  
Fotos im Innenteil:  
Seite 11,23, 27: Fotoarchive der Bundesdruckerei GmbH  
Seite 19: [http://www.flickr.com/photos/james\\_rea](http://www.flickr.com/photos/james_rea)  
Seite 13, 15; S\_Driessen / photocase.com  
Seite 31: <http://www.flickr.com/photos/jakobhuber/>



[www.sabine-wils.eu](http://www.sabine-wils.eu)